

London, Neo- liberale Stadterneuerungspolitik der Tories- Partei

Einleitung

Zu Beginn der `70er Jahre zeigen begonnene Untersuchungen die Ursachen für den allgemeinen Bedeutungsverlust und Schrumpfung der Städte auf. Die zu der Zeit in Großbritannien regierende Nationale Labour- Partei ersetzt die fragmentarisch stadtteilorientierte Politik der `60er Jahre mit dem Versuch einen gesamtstädtischen Lösungsansatz für die Stadt London zu finden.

Die gesamtstädtische Problematik ist erkannt worden in einem allgemeinen Strukturwandel Großbritanniens zur Dienstleistungsgesellschaft.

Innerstädtische Produktionsstätten werden zum Teil an den Stadtrand verlagert oder endgültig stillgelegt. Die Schließung von Londons Hafenanlagen bewirkt einen breiten Konkurs hafenbezogener Industriezweige.

Die wirtschaftliche Krise verstärkt die Bemühungen der Regierung, durch erhöhten finanziellen Aufwand bessere Voraussetzungen für innerstädtische Industrie- und Gewerbeansiedlung zu schaffen. Die Umschichtung der Gelder vermindert die Qualität in der kommunalen Wohnraumversorgung.

Es beginnt ein erhöhter Fortzug aus der Stadt London. Dabei ziehen meist Menschen fort, die über genügend finanzielle Mittel verfügen, um ein Eigenheim in der Region um London erwerben zu können. Auch heute noch stellt das Einfamilienhaus im Grünen für die breite Bevölkerungsschicht Großbritanniens das Wohnideal dar.

Der Bevölkerungsrückgang bewirkt eine soziale Segregation der betroffenen Stadtteile. In diesen verbleibt ein hoher Anteil verarmter Bevölkerungsgruppen.

Zur Betrachtung des Bevölkerungsrückgangs sollte das stark erhöhte Verkehrsaufkommen durch das Automobil herangezogen werden. Das erschwinglich gewordene Verkehrsmittel verursacht eine Verengung des Stadtraumes und trägt auf diese Weise zu dessen Qualitätsminderung bei.

Die Einwohnerzahl Londons sinkt bis Mitte der `80er Jahre auf 6,7 Mio. ab und steigt seit dem kontinuierlich an.

Im Jahre 1979 übernimmt die konservative Partei Tories die Regierungsverantwortung.

Vor dem Regierungswechsel nimmt das Land im Vergleich des Bruttosozialproduktes pro Kopf, auf einer Skala der führenden Industrieländer den 17. Platz, eine Stelle vor der damaligen DDR, ein.

Margret Thatchers neo- liberale Politik verringert die Arbeitslosenzahl von 3,2 Mio. (11,3%) auf 1,8 Mio. (6,1%) im Jahre 1990. Trotzdem verringert sich der Lebensstandard der Gesamtbevölkerung mit einer niedrigeren Steigerungsrate als in anderen Industrieländern.

Bereits die Labour- Partei unternimmt die ersten Einschnitte im Sozialetat. Die Tories- Partei kürzt diesen konsequent weiter. Die zentrale Herausforderung bleibt die Überwindung der wirtschaftlichen Krise und des Strukturwandels in Großbritannien.

Die Regierungsperiode der Tories- Partei

Einleitung

Die Tories- Partei führt die begonnene Stadterneuerungspolitik der Labour- Partei fort, indem Sie u.a. die Wiederbelebung ehemaliger innerstädtischer Industriestandorte verfolgt. Daneben trifft sie weitere stadtpolitische Entscheidungen, die für die Stadtentwicklung von tiefgreifender Bedeutung sind.

Es handelt sich um:

- die Abschaffung der Stadtverwaltung GLC (Greater London Council) im Jahre 1986.
- die Privatisierung des kommunalen Wohnungsbestandes (Housing Act)
- die Subventionierung ausgewählter Bauprojekte

Die Abschaffung der Stadtverwaltung GLC

Das Greater London Council ist eine für Gesamt- London zuständige Verwaltungs- und Planungseinheit, die als dritte Verwaltungsebene zwischen der Lokalen- und der Zentralregierung vermittelt.

Das GLC ist als Verwaltungsebene bereits im Jahre 1883 unter dem Namen London County Council (LCC) entstanden. Mit der Gründung des LCC ist die erste moderne Großstadtverwaltung in den Industriestaaten überhaupt eingerichtet worden. Nach der Abschaffung des GLC ist London die einzige Metropole ohne solch eine Verwaltung.

Die Abschaffung des GLC wird unterschiedlich interpretiert.

Die Kritiker sehen diese Maßnahme als politisch motiviert an. Das von der Labour- Partei dominierte GLC sollte keinen weiteren Einfluss auf die Stadtgemeinden ausüben können. Die Befürworter sehen die Abschaffung des GLC als eine folgerichtige Reaktion auf die neuen Macht- und Konkurrenzverhältnisse im Kontext der Globalisierung an.

An Stelle des GLC setzt die Regierung Organisationen ein, die ihr direkt unterstehen. In der Folge entstehen zudem halbamtliche und private Institutionen und Organisationen mit insgesamt siebenzig bis achtzig Gremien, die eine Zuständigkeit für die Stadt besitzen.

In London findet keine Gesamtplanung für die Stadt mehr statt. Die Zentralregierung setzt auf eine Deregulierungs-, Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik. Ein gesamtstädtischer Ausgleich ist nicht vorgesehen.

Privatisierung des kommunalen Wohnungsbestandes

In Großbritannien sind die Kommunen Hauptträger des Mietwohnungsbaus. Dagegen gehören in Deutschland und Frankreich auch kirchliche, gewerkschaftliche und freie gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften zu den wichtigen Trägern des Mietwohnungsbaus. Großbritanniens Wohnungspolitik hat Bestand seit dem 19. Jh. und ist bewusst als eines der Instrumente zur Handhabung des sozialen Konfliktpotenzials wahrgenommen worden.

In den späten 1970er Jahren wird die Bürokratie der kommunalen Wohnungsverwaltung als träge und ineffektiv kritisiert. Die Verschlechterung der Qualität kommunaler Wohnungsbestände führt zur Unzufriedenheit der Mieter.

Das Wahlversprechen Margaret Thatchers den Mietern des kommunalen Wohnungsbestandes das Recht zu geben, die eigene Wohnung preiswert erwerben zu können, brachte der konservativen Partei bei den Wahlen einen deutlichen Stimmenzuwachs aus der Arbeiterklasse bei.

Die Thatcher- Regierung erfüllt das Wahlversprechen und macht den Verkauf des kommunalen Wohnungsbestandes zum Teil des Privatisierungsprogramms.

Damit verbundene Zielvorstellungen der Regierung sind:

- die persönliche Freiheiten durch Eigentumsbildung zu erhöhen
- das Problem des hohen Etats für sozialen Wohnungsbau zu lösen
- mieternahe, kleinteilige Trägerschaften entstehen zu lassen.

Housing Act 1980

Mit dem Housing Act von 1980 wurde die Privatisierung des kommunalen Wohnungsbestandes eingeleitet. Die Mieter der kommunalen Wohnungen bekommen das Recht ihre Wohnung kaufen zu können. Beim Kaufwunsch des Mieters sind ihm je nach Wohndauer gesetzlich geregelte Abschläge auf den Marktpreis gewährt.

Bei ca. 10- 15 jähriger Wohndauer werden beispielsweise Abschläge von 70% anerkannt.

Bis 1988 konnten 1,4 Mio. (20%) der kommunalen Wohnungen an die Mieter verkauft werden. Dabei handelt es sich überwiegend um Einfamilienhäuser.

Der Bestand des Wohnraumes ist im Jahre 1988 mit folgendem Anteil auf vier Sektoren aufgeteilt:

- 65% auf Haus- oder Eigentumswohnungen als selbstgenutzten Wohnraum
- 25% auf Mietwohnungen im Bereich des kommunalen Wohnungsbestandes
- 7% auf Privatwohnungen, die vermietet werden
- 3% auf Wohnungsgesellschaften

Housing Act 1988

Nach dem ein Teil des kommunalen Wohnungsbestandes an die Mieter veräußert worden ist, stagniert der weitere Verkauf.

Mit dem zweiten Housing Act von 1988 ist es möglich mit der positiven Abstimmung der Mieter kommunalen Wohnraum durch Genossenschaften und kommerzielle Interessenten zu erwerben. Bei der Abstimmung der Mieter für ihr Einverständnis zum Eigentümerwechsel werden nicht abgegebene Stimmen mit „ja“ als zustimmend gezählt.

Das neue Recht erkennt den Bedarf an Mietwohnungen an, bevorzugt jedoch mieternahe politisch unabhängige Träger.

Die kritische Auseinandersetzung mit der Privatisierung des kommunalen Wohnungsbestandes stellt weitreichende Folgen für die breite Schicht der Bevölkerung fest.

Die Wohnungsproblematik betrifft nicht mehr die Arbeiterschaft sondern unorganisierte Minderheiten, die kein politisches Potenzial darstellen.

Es werden Marktpreise für Mieten im kommunalen Wohnungsbestand eingeführt, durch die der Mieter dazu bewegt werden sollte die Wohnung zu kaufen. Die Mieterhöhung bringt mehr Menschen in Abhängigkeit von Wohngeldzuschüssen. Für Geringverdiener, die keinen Anspruch auf Wohngeldzuschüsse haben, bedeutet die Mietsteigerung eine enorme Verschlechterung der Lebensverhältnisse.

Es werden Haushalte in Wohneigentum gedrängt, obwohl dies ihre finanziellen Möglichkeiten übersteigt. Diese Haushalte können entweder die Hypothekenzinsen nicht aufbringen und verlieren ihr Eigentum wieder, oder sie können es sich nicht leisten die notwendigsten Instandhaltungsarbeiten ausführen zu lassen.

Der kommunale Mietwohnungsbestand, der keine Käufer gefunden hat, bildet ein Problemfeld. Das sind z.B. Großwohnanlagen, die von den zuständigen Ministerien oft als Brutstätte von Verwahrlosung und sozialer Polarisierung bezeichnet werden.

In Großbritannien steigt die Obdachlosigkeit, Angaben der Wohltätigkeitsorganisation Shelter nach, von 8.000 im Jahr 1970 auf 370.000 im Jahr 1988.

Bis zur Mitte der `80er Jahre sinken die öffentlichen Ausgaben für den Wohnungsbau um 45%. Das Wohnen zu Miete ist gleichbedeutend mit der Unfähigkeit Wohneigentum zu erwerben. Die öffentliche Wohnungsversorgung entwickelt sich zur zweitklassigen Dienstleistung für Arme.

In London ist gegenwärtig ein jährliches Einkommen von ca. 50.000 Pfund erforderlich um Wohneigentum erwerben zu können. Ein leitender Stadtplaner im öffentlichen Dienst verdient dagegen „nur“ ca. 30.000 Pfund. Demnach ist der Erwerb vom Wohneigentum für breite Schichten der Bevölkerung nahezu unmöglich.

Subventionierung ausgewählter Bauprojekte

Neben der Wohnungspolitik liegt ein weiterer Schwerpunkt in der Stadterneuerung beim Einbeziehen des privaten Sektors in die ökonomische Belebung ehemaliger Industriebezirke und strukturschwacher Stadtteile.

Der Staat bezuschusst private Investitionen in Gewerbebauten, Einkaufszentren, Büros, Hotels, private Freizeitanlagen u.a. Projekte. Diese sollen als ökonomische Anstoßeffekte dienen und eine Regenerierung umliegender Stadtbereiche bewirken helfen. Dabei sollen weitere private Investoren angezogen werden, die zur Aufwertung des Gebietes mit beitragen.

Investitionen der Kommunen in Grünflächen, Ausbau und Wartung der öffentlichen Verkehrsmittel, Verbesserung von Straßen und Plätzen und andere Maßnahmen im öffentlichen Raum bleiben von der staatlichen Stadtbauförderung ausgenommen. Das Konzept zielt darauf, dass die Kommunen aus der ökonomischen Belebung heraus höhere Steuereinnahmen erzielen und diese nach eigenem Ermessen für die Aufwertung des öffentlichen Raumes verwenden können.

Spitalfields Market

Dieses Beispiel für Stadterneuerung durch einzelnes Bauprojekt soll einen Einblick in die vielschichtige Verflechtung von stadtpolitischen Interessen geben.

Spitalfields Market liegt am Stoßpunkt des reichsten Stadtbezirkes der City of London und dem finanzschwächerem Bereich Tower Hamlet.

Die direkte Umgebung des Markets ist ein begehrter Wohnort für eine breite Gesellschaftsschicht. Auf dem Marktplatz ist eine kleinteilige gewerbliche Nutzung entstanden, u.a. Läden, Stände, Restaurants, Imbisse.

Geplant ist der Neubau eines Bürokomplexes in Form gestaffelter Baukörper hinter der historischen Substanz des Spitalfields Markets.

Besitzer des Grundstücks und Investor des Bauprojektes ist die Corporation of London. Diese ist eine aus dem Mittelalter existierende Institution mit einem immensen Landbesitz und Einfluss.

Die Corporation of London bildet für den Finanzbezirk City of London eine von der Stadt unabhängige Verwaltung. Als diese besitzt sie sogar das Recht eigenes Vermögen nicht offen legen zu müssen.

Seit der massiven Errichtung von Bürobauten auf den Docklands steht die City of London in direkter Konkurrenz mit diesem Gebiet. Daher erwirbt die Corporation of London verstärkt Bauland, um eigene Büroraumkapazitäten zu erweitern.

Der Spitalfields Market bietet sich als ein profitabler Standort für ein solches Vorhaben an. Der Ort besitzt ein attraktives Umfeld und befindet sich in einem Stadtteil, der direkt an die City of London grenzt.

Die Planung für den Bürokomplex löst jedoch einen massiven Protest aus. Es bildet sich eine Bürgerinitiative, die rechtliche Schritte gegen das Bauvorhaben einleitet.

Die Einwände betreffen neben dem Wandel des Stadtbildes, vor allem die Situation der eingewohnten Anwohner, die zuvor den Ort gestaltet haben. Sie sehen sich dem Einzug kapitalkräftiger Investoren und steigenden Lebenshaltungskosten ausgesetzt und befürchten in Folge dessen zum Fortziehen aus dem Stadtbezirk gebracht zu werden.

Die Aufwertung und Modernisierung der Stadtbezirke ist zur Erhaltung der Stadtsubstanz wichtig.

Statushohe Haushalte entscheiden sich stärker innerstädtisches Eigentum zu erwerben und ziehen nicht in das Umland um. Das führt zu höheren Steuereinnahmen der Stadtbezirke und kommt schließlich der Allgemeinheit zugute.

Am Spitalfields Market hat sich eine Sozialkultur ausgebildet, die sich den reinen wirtschaftlichen Interessen entgegenstellt und einen sensibleren Umgang mit dem Bürger bei der Stadterneuerung verlangt.

Regierungswechsel 1997

Greater London Authority (GLA)

Mit dem Regierungswechsel 1997 wird in London mit der Stadtverwaltung, Greater London Authority (GLA), erneut eine gesamtstädtisch regulierende Planungsinstitution eingeführt.

Die gesamtstädtische Verwaltung besteht aus vier Einrichtungen:

- London Fire and Emergency Planning Authority (LFEPA)
- Transport for London (TFL)
- Metropolitan Police Service (MPS)
- London Development Agency (LDA).

Der GLA steht ein erneut gewählter Bürgermeister vor, dessen Büro ca. 30 Mitarbeiter beschäftigt. Die GLA verfügt über einen Haushalt von 3,7 Mrd. Pfund für die Jahre 2001/02.

Der erneuten Einführung der Stadtverwaltung ist durch das im Jahre 1998 durchgeführte Referendum eine demokratische Legitimation gegeben worden. Bei einer geringen Wahlbeteiligung hat sich eine deutliche Mehrheit der wählenden Bürger für die Einrichtung der Stadtverwaltung mit einem gewählten Bürgermeister entschieden.

Mit dem **Greater London Authority Act von 1999** ist eine Gesetzesgrundlage geschaffen worden, in der die Zuständigkeiten in der Stadtverwaltung festgelegt wurden.

Die Wahl der 25 Abgeordneten und des Bürgermeisters fand im Mai 2000 statt.

Traditionell sind Londons innerstädtische Bezirke vorwiegend Labour-, die äußeren Bezirke vorwiegend konservativ dominiert. Die neue Stadtverordneten-Versammlung setzt sich aus neun Vertretern von Labour, neun Konservativen, vier Liberalen und drei Grünen zusammen.

Zu der Abgeordnetenversammlung ist ein Beratungsgremium zur Einbeziehung weiterer Fachleute eingerichtet worden.

Zum neuen Bürgermeister ist Ken Livingstone gewählt worden. Ken Livingstone ist der ehemalige Chef des Greater London Council (GLC). Da er kein Vertrauensmann Tony Blairs ist, musste er bei Wahlen als unabhängiger Kandidat antreten.

Der London Plan

Einleitung

Die GLA stuft London als die bedeutendste Stadt Europas ein und zählt diese zu den drei bedeutendsten Metropolen der Welt. Diese Position soll nachhaltig gesichert und ausgebaut werden.

Die Grundlage für den London Plan bilden soziale ökonomische und umweltbezogene Aspekte. Es wird eine nachhaltige Stadtentwicklung angestrebt, die auf den Zeitrahmen von 15-20 Jahren angelegt ist. Mit dem London-Plan wird ein gesamtstädtisches Entwicklungskonzept erarbeitet.

Der London-Plan ist kein auf Vorgaben beruhender Plan, sondern geht hervor aus einem konsensorientierten Handlungskonzept, das in einzelnen Verfahrensschritten entstanden ist.

Dabei handelt es sich um:

- Urban Task Force
- Urban White Paper
- Spatial Development Strategy (SDS)
- Unitary Development Plans (UDPs)
- The Draft London-Plan

Die Urban Task Force ist ein unter dem Vorsitz des Architekten Lord Rogers of Riverside (Richard Rogers) im Jahre 1999 verfasster Bericht über eine notwendige Ausrichtung der Stadtentwicklung.

Das Hauptanliegen der Autoren ist die Stadt attraktiv zu machen, die Innenstadt zu erneuern, Brachflächen und baulichen Bestand zu revitalisieren, durch Nachverdichtung eine kompakte Stadt mit dezentralen Subzentren zu schaffen.

Das Urban White Paper ist ein im Jahre 2000 veröffentlichter Bericht der Regierung, der das Anliegen der Urban Task Force aufgreift und um ein weites Themenspektrum erweitert.

Neben dem Stadtumbau, Stadterneuerung und Wohnungsbau sind soziale und ökonomische Belange, Gesundheit- und Verkehrswesen, die

Bildungspolitik und die Rolle des local government in einen Zusammenhang gefasst.

Das Entstehen der beiden Untersuchungsberichte ist auf die Initiative von John Prescott zurück zu führen. So hat er die Urban Task Force als Umwelt- und Verkehrsminister in Auftrag gegeben und als Deputy Prime Minister das Vorwort zum Urban White Paper geschrieben.

Die Spetial Development Strategy ist ein im Jahre 2001 verfasstes Planvorhaben, das sich zu einem Konsultationsprozess mit der Öffentlichkeit verpflichtet.

In den Unitary Development Plans (UDPs) wird festgelegt, dass Londons Stadtbezirke selbstständig örtliche Entwicklungspläne (UDPs) aufstellen. Diese sollen den Anforderungen des Planing und Compensation Acts von 1991 entsprechen und die räumliche Planung (siehe das „London-Diagramm“) für Gesamtlondon berücksichtigen.

The Draft London Plan ist eine Rohfassung des London- Plans und erschien im Sommer 2002.

Das „London Diagramm“ stellt eine Übersicht der räumlichen Stadtentwicklung dar. Die Schwerpunkte liegen auf dem Stadtzentrum (Central London) und der „Themes Gateway“, die entlang der Themse liegende Industriearaele und brachliegende Grundstücke umfasst. In den „Opportunity Arreas“, das sind zu den alten und neu geplanten Subzentren zählende Bereiche, sollen jeweils ca. 5.000 neue Arbeitsplätze und 2.500 neue Wohnungen entstehen.

Die allgemeinen Ziele des London Plans

Für London wird ein Wachstum der Wirtschaft und der Bevölkerung prognostiziert. Dem nach wird ein Anstieg der Haushaltszahl von derzeit 3,1 Mio. auf 3,6 Mio. im Jahr 2016 erwartet, bei einem Bevölkerungszuwachs von 700.000 Personen auf 8,1 Mio. Londoner.

Beim bereitzustellenden Wohnraum sieht man Wohnungskontingente für einkommensschwächere Haushalte vor, die in sozial gemischte Quartiere zu integrieren sind.

Aufgrund des Mangels am Wohnraum sind bereits Arbeitnehmer in gesellschaftlichen Schlüsselpositionen wie z.B. Krankenschwester, Feuerwehrleute u.a. auf einen von der Stadt gestellten preisgünstigen Wohnraum angewiesen. Das durchschnittliche Einkommen reicht nicht mehr aus, um eine Mietwohnung zu Marktpreisen zu beziehen.

Bis zum Jahr 2008 sind mindestens 60% des Wohnungsbaus auf vormals genutzten Flächen zu realisieren (60 % Brownfield Target). In England wurden bislang 0,1% der alten Bausubstanz ersetzt, in Europa sind es im Durchschnitt 1%.

Um in bereits vernachlässigten Quartieren eine stärkere soziale Durchmischung zu erreichen, sollen bei Nachverdichtungs-Maßnahmen ein höherer Anteil einkommensstarker Haushalte zur Ansiedelung bewegt werden.

In London kommt dem S- und U- Bahnsystem bei der Bewältigung des städtischen Verkehrs eine sehr bedeutende Rolle zu. Es werden Milliardenbeträge benötigt um dieses öffentliche Verkehrssystem zu modernisieren.

Zur Verbesserung der Verkehrs- Infrastruktur sind drei neue Strecken geplant, die über Teilprivatisierung und staatliche Zuschüsse finanziert werden sollen. Bei erfolgreicher Bewerbung für die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2012 ist eine weitere Linie vorgesehen.

Die bislang nur für die City of London geltende PKW- Benutzungsgebühr (Congestion Charge) soll auf Central London erweitert werden. Hierbei versucht die Stadt neben der Einnahme zusätzlicher Geldmittel die Eindämmung des motorisierten Individualverkehr durchzusetzen.

Die allgemein zusammengefassten Ziele der Planung sind die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, Aufwertung und Sicherung des öffentlichen Raumes, Stärkung des Zentrums mit Hauptstadtfunktionen, Hinwendung der Stadt zum Fluss, das Wachstum von Wirtschaft und Bevölkerung, der Ausbau des Wohnungssektors und die Steigerung der Lebensqualität.

Resümee

In Großbritannien ist die Geschichte der Stadtentwicklung und Stadtplanung durch eine Vielzahl von Veränderungen und Reformbestrebungen gekennzeichnet.

Die liberale Politik der konservativen Regierung führt zwar einen relativen Wirtschaftsaufschwung herbei in bestimmten Bereichen der Stadtstruktur sind dennoch Defizite entstanden.

Die Privatisierung des öffentlichen Verkehrsnetzes führte im gewissen Grad zu dessen Verfall. Viele Stadtbezirke sind schlecht erschlossen.

Die Fertigungsrate im Wohnungsbau hat den niedrigsten Stand seit 1924 erreicht. Blicke diese gleich, beliefe sich das Wohnungsdefizit Großbritanniens im Jahr 2022 auf ca. 1 Mio. Wohneinheiten.

Neben der Zersiedelung des Grüngürtels verursachen außerhalb der Stadt Ziehende ein erhöhtes Verkehrsaufkommen, in dem sie täglich mit privaten Verkehrsmitteln in die Stadt einfahren, um ihrer Arbeit nachzugehen.

Eine Studie der GLA aus dem Jahre 2002 belegt, dass in London beim gestiegenen Wohlstand fast 41% der Kinder und 36% der Rentner in Armut leben.

Eine liberale Stadtpolitik sollte nicht dazu führen, dass bestimmte Bereiche in der Stadtstruktur vernachlässigt werden und verwahrlosen.

Versteht man die Stadtentwicklung als eine Fluktuation, bei der die Stadtbereiche einer Umwälzung der Funktion, des Stellenwertes und der Qualität unterliegen, so kann ein gesamtstädtischer Ausgleich bewirken, dass benachteiligte Standorte stärker in eine Gesamtstädtische Entwicklung miteinbezogen werden.

Die erfolgreiche Umsetzung des „London Planes“ ist davon abhängig, ob die relativ kleine Stadtverwaltung und der Bürgermeister in Stadtentwicklungsfragen ihre hervorgehobene Position gegenüber den sich verselbstständigten Bezirken erhalten können. Dabei sind sie weiterhin auf die anhaltende Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit und die Bereitstellung finanzieller Mittel angewiesen.

BTU Cottbus, Lehrstuhl Städtebau und Entwerfen
Lehrstuhlleitung, Prof. Heinz Nagler

Seminar: Transformation der Stadt. Sommersemester 2004.
Betreuender Assistent: Dipl.- Ing. Christoph Wessling

Aufsatzausarbeitung: Tomasz Bachlinski

Transformation der Stadt,
London, Neo- liberale Stadterneuerungspolitik der Tories- Partei

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung Seite 2-3
2. Regierungsperiode der Tories- Partei Seite 3-7
 - Einleitung
 - Die Abschaffung der Stadtverwaltung GLC
 - Die Privatisierung des kommunalen Wohnungsbestandes (Housing Act)
 - Die Subventionierung ausgewählter Bauprojekte
 - Spitalfields Market
3. Regierungswechsel 1997 Seite 7-8
 - Greater London Authority
4. London Plan Seite 8-10
 - Einleitung
 - Die allgemeinen Ziele des London Plans
5. Resümee Seite 10- 11
6. Literaturangabe Seite 12-13

Literaturangabe

Buch

Reinhold Lange,
Problemlösungen mit Bewohnern- zwischen Selbsthilfe und Deregulierung.
(Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, Wohnbund- Verlag
für wissenschaftliche Publikationen)

Aufsätze

Robin Ganser/ Martin Rumberg,
Englands Stadtplanung im Wandel- ein Überblick.
(Publikation BTU Cottbus)

Dirk Schubert,
Die Greater London Authority- Transformativen von Planung und
Verwaltung vom Urban Government zur Urban Governance.
(Publikation BTU Cottbus)

Dirk Schubert,
Wachsende Stadt.
(Planerin 01/2003)

Dirk Schubert,
Umbruch der Stadtentwicklungspolitik ? Stadtpläne.
(Deutsche Bauzeitung 2/2002)

Petra Hagen Hodgson,
Neue Vernetzungen.
(Deutsche Bauzeitung 6/2000)

Richard Burdett,
Stadt am Fluss.
(Deutsche Bauzeitung 2/2002)

J.J.,
Geld oder Leben, Spitalfields Market in Tower Hamlets.
(Deutsche Bauzeitung 2/2002)

Jörn Ebner,
Architektur an Schnittstellen.
(Deutsche Bauzeitung 2/2002)

Franziska Wagner, Christof Kullmann,
Aktuell.
(Deutsche Bauzeitung 10/2002)

Prof. Norbert Schindler,
„Grüne Aspekte“ in London- Paris- Berlin.
(Berliner Bauwirtschaft 2. September Heft 1983)

P.H.H.,
Transformation zur Jahrtausendwende.
(Werk, Bauen+ Wohnen 6/1998)

Tilman Harlander,
Leitbild soziale Mischung- vom „empfehlenswerten Durcheinanderwohnen“
zu „gated communities“.
(Die alte Stadt 2/2000)

Eugen Antalovsky,
Modelle der Modernisierung.
(Foyer 06/2000)

Wolfram Elsner,
Regionalisierung und neuer Regionalismus.
(Informationen zur Raumentwicklung Heft 9.und10./2000)

Christian Tröster,
Das neue London.
(Häuser, Reise 6/2001)

Ross Moffatt,
Experimentelle Stadtentwicklung.
(Archithese 6/2001)

Autor unbekannt,
Das behelmtte Parlament.
(Das Bauzentrum 10/2001)

BTU Cottbus, Lehrstuhl Städtebau und Entwerfen
Lehrstuhlleitung, Prof. Heinz Nagler

Seminar: Transformation der Stadt. Sommersemester 2004.
Betreuender Assistent: Dipl.- Ing. Christoph Wessling

Aufsatzausarbeitung: Tomasz Bachlinski

Trans formation der Stadt

London, Neo- liberale
Stadterneuerungspolitik der
Tories- Partei